



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/V/11

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
13. Januar 1950

Offensive der Unaufrichtigen

P.R. Bundeskanzler Adenauer hat zwar das Jahr mit einer in Moll gehaltenen Presskonferenz begonnen, sonst aber auf jede Weise den Beginn einer Ära unerhörten sozialen Leistungswillens angekündigt. Aber es ist eine alte Sache: die Glaubwürdigkeit von Versprechungen richtet sich nach den Erfahrungen mit dem, der sie macht. Einige wenige Kostproben mit diesen Erfahrungen sollen deshalb hier der Vergessenheit entrissen werden.

Im Oktober 1949 trafen sich in Düsseldorf prominente Verfechter der Beschlüsse des Bochumer Katholikentages mit führenden Gewerkschaftern, um sich gegen Versuche (von Kreisen, die hinter der Regierung stehen) zu wenden, "die Politik eines echten sozialen Willens zu diffamieren". Im gleichen Monat erklärte Justizminister Dehler in Dinkelsbühl, die Regierung werde die Frankfurter Wirtschaftspolitik unter allen Umständen fortsetzen, sie lehne die auf dem Bochumer Katholikentag und bei der Gründung des DGB in München erhobenen sozialpolitischen Forderungen ab. Ebenfalls im Oktober gab das Bundesarbeitsministerium die feste Zusage, den Entwurf des Überbrückungsgesetzes für Kriegsoffer so rechtzeitig vorzulegen, dass die Verabschiedung des Gesetzes vor Weihnachten erfolge. Die Kriegsoffer warten heute noch auf das Gesetz. Eine darauf bezugnehmende Anfrage der SPD ist bisher noch nicht beantwortet worden.

Im November schrieb der Deutschland-Korrespondent ausgerechnet der "New York Times": Die Tendenz der Regierung Adenauer, sich nach der konservativen Seite hin zu entwickeln, sei so ausgeprägt, dass sie nicht mehr von einer Reaktion zu unterscheiden sei. Sie wolle nur soviel Demokratie zulassen, wie sie für das Volk für gut halte. Mitte Dezember erklärte sich Vizekanzler Blücher in Stuttgart gegen jede Mitbestimmung der Betriebsräte in Wirtschaftsfragen, auch eine Mitwirkung sei abzulehnen, wo sie "die Kreditwürdigkeit der Betriebe gefährde". Die Verhältnisse zwischen den Sozialpartnern müssten geordnet werden, zuvor aber sei das Problem zu "entpolitisieren".

In den gleichen Tagen kam von einem Sprecher der Hohen Kommission in Frankfurt die Bemerkung, Hausratshilfe sei wichtiger als ein Antrag auf Genehmigung westdeutscher Zivilluftfahrt - die Hausratshilfe wurde schliesslich unter Druck der SPD gewährt. Aus der gleichen Quelle folgt bald darauf die noch viel schärfere Ausserung: Die Tatsache, dass es zur Zeit 1,4 Millionen Arbeitslose in Westdeutschland gebe, sei der Regierung recht willkommen. Bei der Vollbeschäftigung sei der Arbeitnehmer in der Lage, einen gewissen Druck hinsichtlich Gleichberechtigung und Mitbestimmung auf den Arbeitgeber auszuüben. Die Arbeitslosigkeit jedoch gebe dem Unternehmer die Möglichkeit, den Arbeiter zu beherrschen, da er ja über eine Reservearmee von Arbeitskräften verfüge, die er in seinem Sinne gegen die Interessen der Arbeiterschaft in Bewegung setzen könne.

Am 4. Januar kündigte Adenauer eine "grosse Kriegsschädenbilanz" an. Was er damit bezweckt, erläuterte fünf Tage später sein Pressedienst: "Es ist klar, dass es nicht leicht sein wird, einen so ungeheuren Fragenkomplex in Paragraphen zu regeln, die auch der Prüfung durch die unerbittlichen Tatsachen der Gegenwart standhalten. Diese Härte wird dadurch vergrössert, dass der durch die mannigfachen Kriegsfolgen bedingten schwindelerregenden Höhe der Anforderungen nur ein gleichfalls durch Kriegsfolgen beschränktes Nationalvermögen gegenübersteht... ..Es kommt hinzu, dass der Lastenausgleich im voraus mit einer doppelten Hypothek belastet sein muss: Er wird dem einen Teil des Volkes beträchtliche Opfer auferlegen, ohne die gerechten Forderungen des anderen Teiles jemals zur Gänze erfüllen zu können". Diesen Ankündigungen folgt bereits die Tat. Nach einer Verlautbarung des Bundesfinanzministers bleibt der Lastenausgleich auf die im Soforthilfegesetz berücksichtigten Gruppen beschränkt. Schon in einem vorausgegangenen Kommentar aus dem Bundesfinanzministerium hiess es, man dürfe nicht vor eineinhalb Jahren nach Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes mit den ersten Auswirkungen auf dem sozialen Gebiet rechnen.

Das letzte soziale Glanzstück der Sozialpolitik Adenauers, das Einkommensteuergesetz, bestimmt u.a., dass ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern bei einem Jahreseinkommen von 2700 Mark im Jahr ganze acht Mark einspart. Bei Einkommen von 24.000 aber beträgt die Einsparung 2750 Mark, bei 60.000 - 10.500 Mark. Das sagt genug.

Wie gesagt, bei all dem handelt es sich um einige wenige Kostproben für das, was an Ehrlichkeit hinter den Beteuerungen der Re-

gierung steht. Arbeitsminister Storch hat dieser Tage 41 Gesetze mit Namen angekündigt, die einem das Herz warm machen können. (17

Sofort- und dringende Gesetze - was will man mehr?). Der niedersächsische Landesbischof Lilje hat kürzlich in Hermannsburg bei einem Gespräch der Sozialpartner unter kirchlicher Obhut "Mut zum Vertrauen" gefordert. Kann er es uns verdenken, wenn wir im Hinblick auf die bisherige Regierungspraxis das "Recht zum Misstrauen" in Anspruch nehmen? Wenn wir das, was sich jetzt als ein Ansturm des guten Willens der Regierung mit vielen grossen Worten in Bewegung setzt, für nichts anderes halten als eine schlecht getarnte Offensive der Unaufrichtigen?

Mitbestimmungsrecht wieder beim Bundestag

sp. Anfang November behandelte der Bundestag den Antrag der CDU/CSU-Fraktion (Drucksache 117) betreffend Neuordnung der rechtlichen Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Der Abgeordnete der CDU, Kündgen, nahm dabei auf die Regierungserklärung vom 20.9.49 Bezug, um ein solches Gesetz zu fordern, in dem unter Beachtung der zeitgemässen Entwicklung das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer verankert ist. Der Abgeordnete der SPD Richter, gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes des DGB, stimmte dem Antrag der CDU/CSU für die SPD-Fraktion mit der ausdrücklichen Betonung zu, dass das geforderte Gesetz "klar und deutlich das gleichberechtigte Mitbestimmungsrecht sowohl auf sozialem, als auch auf personellem und auf wirtschaftlichem Gebiet" zum Inhalt habe. Mit überwiegender Mehrheit nahm der Bundestag den CDU/CSU-Antrag an.

Zwischen damals und heute liegen die bekannten Attacken verschiedener Regierungsmitglieder gegen ein eindeutiges Mitbestimmungsrecht. Diese Kräfte scheinen nicht ohne Erfolg gewesen zu sein. Es verlautet, dass die Bundesregierung einstimmig der Meinung ist, dass das von der CDU/CSU und von dem Bundestag geforderte Gesetz erst dann vorgelegt werden soll, wenn durch "ernsthafte Gespräche zwischen den Sozialpartnern..." gewisse Voraussetzungen für die kommende Gesetzgebung erarbeitet werden.

Es ist also anzunehmen, dass es Regierungseinflüsse waren, die die Vereinigung der Arbeitgeberverbände veranlasst haben, Verhandlungen mit dem DGB aufzunehmen. Am 9. und 10. Januar fand in Hattenheim bei Rüdeshelm die erste Aussprache statt. Was bisher darüber bekannt geworden ist, zeigt, dass man sich in Hattenheim vielleicht im Ton nähergekommen ist. In der Sache selbst - das Mitbestimmungsrecht in personellen und vor allem in wirtschaftlichen Fragen - sind die Meinungsverschiedenheiten so beträchtlich, dass eine wirkliche Verständigung in nebelhafter Ferne schwebt.

Es ist also nunmehr Sache des Bundestages, von der Regierung entsprechend dem Bundestags-Beschluss einen Entwurf über das Mitbestimmungsrecht zu verlangen. Gelingt es der Regierung, sich unter Berufung auf die zwischen den "Sozialpartnern" auszudiskutierende Lösung um den klaren Auftrag des Bundestages zu drücken, so ist auf lange Zeit hinaus mit einer gesetzlichen Regelung nicht zu rechnen. Es steht auch kaum zu erwarten, dass sich die Gewerkschaften mit einer Regelung durch einen "unparteiischen" Schiedsspruch einverstanden erklären würden. Das einzige massgebliche Schiedsgericht ist der Bundestag, in dessen Plenum alle Abgeordneten zur Frage des Mitbestimmungsrechts öffentlich Farbe bekennen müssen.

S.N.

-4-

Aus dem sowjetischen Alltag

sp. Den 70. Geburtstag Stalins nahm die sowjetische Propaganda zum Anlass, auch das sowjetische Staatswirtschaftssystem wieder als vorbildlich für die ganze Welt hinzustellen. Nach ihrer Behauptung ist das Sowjetvolk jetzt zutiefst von der Richtigkeit dieser Idee überzeugt. Die westliche Profitsucht sei in der Sowjetunion unbekannt, weil der Staat als alleiniger Arbeits- und Warenggeber für gerechte Löhnung und gleichmässige Verteilung aller irdischen Glücksgüter Sorge und auch alle öffentlichen Einrichtungen nur dem Vorteil des Volkes dienen: als Illustration hierzu können nun folgende amüsante Tatsachen dienen:

Wenn man in Reval einen Friseurladen betritt, um sich verschönern zu lassen, wird der Friseur in liebenswürdigem Tone fragen, ob man eine gute oder eine schlechte Frisur wünsche. Natürlich entscheidet man sich für die erstere. Worauf einem der Meister auseinandersetzt, daß diese 45 Rubel kostet, während auf der Preisliste dafür nur 30 Rubel vorgesehen sind. Die gute Frisur, so erfährt man, wird mit dem eigenen Friseurbesteck des Meisters hergestellt, für die schlechte verwendet er das staatliche Handwerkszeug.

Ähnliches kann man beim Schuhmacher erleben. Es werden da Sohlen aus gutem, eigenen Material angeboten, die erheblich teurer sind als die Sohlen aus staatlichem Material. Man wird über diese bourgeoisen Regungen der guten Revaler Handwerker erstaunt sein, doch kann man einwenden, dass Estland ja noch eine junge Sowjetrepublik ist, und eine so grundlegende Umerziehung dauert nun mal eine gewisse Zeit.

Nur wird aber aus Charkow folgendes berichtet: Will man ein Paar Kinderschuhe einkaufen, so gibt es dafür in der Saumsker Strasse ein Geschäft mit reicher Auswahl. Wenn man aber ein geeignetes Paar gefunden hat und es bezahlen will, so ergibt sich eine unerwartete Zeremonie. Der Verkäufer entfaltet ein grosses, mit Schreibmaschine geschriebenes Blatt mit den Spalten: Art:....Geschenk Nr..... usw. und man erfährt, dass man die Schuhe nur mit den dazugehörigen Geschenken erhält. Wenn man z.B. den Posten Nr. 35 wählt, so bekommt

man für sein Kind: Federhalter, Tagebuch, Poesiealbum, Toiletenseife und Strümpfe als sogenanntes Geschenk, das natürlich bezahlt werden muß. Ohne dieses Geschenk kann man den Einkauf nicht tätigen. Bei uns nennt man so etwas Kopplungsgeschäfte. Da viele Gebrauchsartikel im allgemeinen nicht ausreichen und das Regulativ einer Bewirtschaftung den amtlichen Behauptungen, das irdische Paradies rücke mit jedem Fünfjahresplan näher, doch zu stark widersprechen würde, hilft man sich durch solche "Geschenke" mit wenig begehrten Artikeln, die infolge eines Planfehlers in Überzahl zu haben sind.

Noch ein Beispiel von den Behörden, die bemüht sind, dem Geist des Fortschritts auch in ihren Einrichtungen einen gebührenden Platz einzuräumen: Auf allen sowjetischen Postämtern hängt seit einigen Monaten folgende Anzeige: "Benutzen Sie unseren neuen Kundendienst - die Aushändigungsbestätigung - Sie erhalten dann schnell Mitteilung, wann und wem Ihre Nachricht ausgehändigt wurde." Als Herr Koslow aus Moskau am 11. Dezember ein Telegramm nach Tambow schicken wollte, beschloß er, dieses Angebot auszunutzen. Er bezahlte also drei Rubel mehr für die Aushändigungsbestätigung. Als Adresse schrieb er: "An Wagin, Redaktion der Kreiszeitung, Tambow." Zwei Tage wartete er auf die Bestätigung. Am 13. abends teilte das Postamt mit: "Adressat unbekannt, nicht zugestellt." Koslow war erstaunt darüber, daß das Postamt die Redaktion seiner Kreiszeitung nicht finden konnte. Nach zwei Tagen erhielt er eine weitere Nachricht: "Telegramm am 11. Dezember 21.30 Uhr an Wagin ausgehändigt." Nicht ausgehändigt... Ausgehändigt. Was stimmte nun? Die letzte Klarheit besitzte dann am 17. eine erneute Benachrichtigung durch den Telegrafen: Adressat unbekannt, nicht ausgehändigt.

Intrigen um die deutsche Einheit

sp. Die stets von neuem versuchte organisatorische Zusammenfassung der verschiedenen politischen Gruppen und "Gemeinschaften" scheint wieder einmal gescheitert zu sein. Die "Sammlung zur Tat" ist in verschiedene Grüppchen zerfallen, von denen der Kölner Kreis um den ehemaligen Strasseranhänger Hans Bauer noch hin und wieder ein Lebenszeichen von sich gibt. Die "Deutsche Union" führt ein Schattendasein.

Köglers "Freiheitsbund" in Hamburg hat den grössten Teil seiner Werbung aus finanziellen Gründen eingestellt. Die 13 Gruppen, die im September sich in Frankfurt zum "Koordinierungsausschuß" zusammenschlossen, sind ebenfalls nicht mehr ganz einig. Die "Tatgemeinschaft freier Deutscher", die über Nordrhein-Westfalen hinaus aktiv zu werden beginnt und eine gemässigte Neuauflage des "marxistischen Unter-menschen" predigt, will mit der aus dem Ausschuss entstandenen "Deutschen Gemeinschaft" nicht fusionieren und warnt ihre Anhänger vor dem Eindringen von Angehörigen dieser Gruppe in die eigenen Reihen. Mit der Tatgemeinschaft ist auch ein Teil der Fliegergeschädigten unter Paul Mertens in Bonn der "Deutschen Gemeinschaft" gegenüber zurückhaltend geworden. Mit Strasserleuten und Vertretern der Sammlung zur Tat hatte es bereits in Frankfurt Krach gegeben. Haussleiter, der ruhigste unter allen Gründern, hat die "Deutsche Gemeinschaft" bisher nur in Bayern unter Dach bringen können. Otto Strasser behauptet aus Kanada unentwegt, daß nur er allein die grosse Sammlung machen könne.

Anders scheinen die Dinge jedoch in ideologischer Hinsicht zu liegen. Zwischen vielen dieser Gruppen beginnen sich über die Feindschaft gegen die Parteien und die parlamentarische Demokratie hinaus in einigen Punkten gemeinsame Auffassungen zu entwickeln. Der allgemeine deutsche Wunsch nach der Einheit ganz Deutschlands und der Vermeidung eines neuen Krieges ist als geeigneter Ansatzpunkt gegen die Parteien, den Bund und die Besatzungsmächte zugleich entdeckt worden, wobei es zu diesem Spiele gehört, Bemühungen und Anstrengungen anderer Kräfte zu mißachten oder zu verdächtigen. Voraussetzung der deutschen Einheit - SED-Matern hat das im Ruhrgebiet kürzlich auch verkündet - ist die Räumung Deutschlands durch die Besatzungsmächte.

Da es keinen Krieg gibt, so lautet die These weiter, ist eine Verständigung mit Russland weitere Voraussetzung. Es sei also falsch, "maximale Forderungen" wie freie Wahlen in der Ostzone bereits jetzt zu stellen. Vielmehr müsse die gesellschaftliche Struktur derart geändert werden, dass Deutschland eine Art weltpolitischen Übergangs

zwischen Ost und West bildet. Freilich hat noch keiner klar gesagt, wie diese Zwischenstufe zwischen westlicher persönlicher Freiheit und östlicher Versklavung beschaffen sein soll.

Die Lehre von Berlin ist nicht verstanden worden. Die Lehre, daß die Russen nur härteste Entschlossenheit respektieren. Solange Moskau die Hoffnung haben kann, in Westdeutschland - über die offenbar halbtotalitäre, in jedem Fall aber bedeutungslose KP hinaus - ernsthaft politische Ansatzpunkte zu finden, so lange wird der Kream den eisernen Griff um die Ostzone bestimmt nicht lockern. Verständigung bedeutet für die Russen Unterwerfung. Die neuen Gruppen gefährden durch ihren Mangel an Geduld, durch ihre schlechten Nerven und ihre gegen die parlamentarische Demokratie gerichteten Intrigen gerade jene deutsche Einheit, für die sie sich einzusetzen vorgeben.

Protest gegen Todesurteil

sp. Nach einer dpa-Meldung ist Klara Pförtsch auch in der Berufungsverhandlung vom französischen Militärgericht in Mastatt zum Tode verurteilt worden. Gegen ihre erste Verurteilung hatten sich namhafte in- und ausländische ehemalige Mitgefangene ausgesprochen. Herta Gotthelf, die Leiterin des Frauenbüros der SPD, hatte sich an Francois-Foncet mit der Bitte um Intervention gewandt. In einer Stellungnahme zum neuen Urteil weist sie darauf hin, daß diese Verurteilung eines Menschen, der selber jahrelang unter den schwersten Bedingungen in den verschiedensten Konzentrationslagern gesessen hat, in keinem Verhältnis steht zu den Urteilen, die gegen Ilse Koch und Frau Scholtz-Klinck gefällt worden sind. Die SPD wird ihre Bemühungen für Klara Pförtsch fortsetzen.

Jugendliche zum TBC-Tod verurteilt

sp. Nach Häftlingsberichten befinden sich die 1945 in Greussen, Kr. Weissensee verhafteten Jugendlichen, über deren widerrechtliche Verschleppung die Presse damals berichtete, im KZ Sachsenhausen. Diese Jugendlichen waren unter der Anklage, einer Verwolforganisation angehört zu haben, durch ein sowjetisches Militärtribunal wegen Widerstandes gegen die SED und wegen "Konterbanditentums" zu Freiheitsstrafen von 20 Jahren verurteilt. Selbst der antifaschistische Block von Greussen hatte damals die Anklage als un wahr bezeichnet. Von den 38 Greussener Jugendlichen sind in den vergangenen Jahren 22, die meisten an TBC, gestorben, ohne daß die Angehörigen eine Nachricht erhielten.